

Beschluss (vorläufig)

Grüne Weiterbildungsoffensive

Wichtige Voraussetzungen unseres weiteren Erfolgs sind **systematische Nachwuchsförderung und Weiterbildung**. Die kommunale Ebene, unsere Landesverbände und der politische Nachwuchs haben dabei Priorität.

Bundesverband und Landesverbände bieten bereits jetzt aus ihren Haushalten regelmäßig Seminare zur Weiterbildung und Nachwuchsförderung an. Die konsequente Nutzung bereits entwickelter Angebote - beispielsweise KandidatInnentrainings vor Wahlkämpfen oder Strategieworkshops für große Kommunalfraktionen – muss ausgebaut und durch neue Angebote ergänzt werden. Ziel ist ein modulares, nach Bedarf flexibel kombinierbares Fortbildungsprogramm für **ehrenamtliche wie für hauptamtliche** AkteurInnen.

Qualifizierte politische Weiterbildung gibt es nicht zum Nulltarif. Aber diese Finanzmittel sind Zukunftsinvestitionen, die sich auszahlen. Wir haben in unzugänglichen und/oder unattraktiven Alltagsstrukturen immer wieder Zeit, Geld, Schwung und Neumitglieder mit Gestaltungswillen verloren.

Der Bundesfinanzrat (BFR) wird beauftragt während seiner nächsten Sitzung im April 2011 die Details der Finanzierung und der Verteilung der Grünen Weiterbildungsoffensive zu beschließen. Dabei soll die vorläufige Mindestausstattung 60.000 EUR betragen, für die sich der BFR auf seiner gestrigen Sitzung ausgesprochen hat. Die Grundlage der Finanzierung soll der Vorwegabzug der staatlichen Parteienfinanzierung gewährleisten, dies könnte auch eine Finanzierung im Rahmen des mit dem Antrag H-02 zu schaffenden Solidartopfes sein.

Nach 2 Jahren wird ein Abschlußbericht mit den verschiedenen Projekten erstellt und gemeinsam von Bundesvorstand und Landesvorständen ausgewertet.